



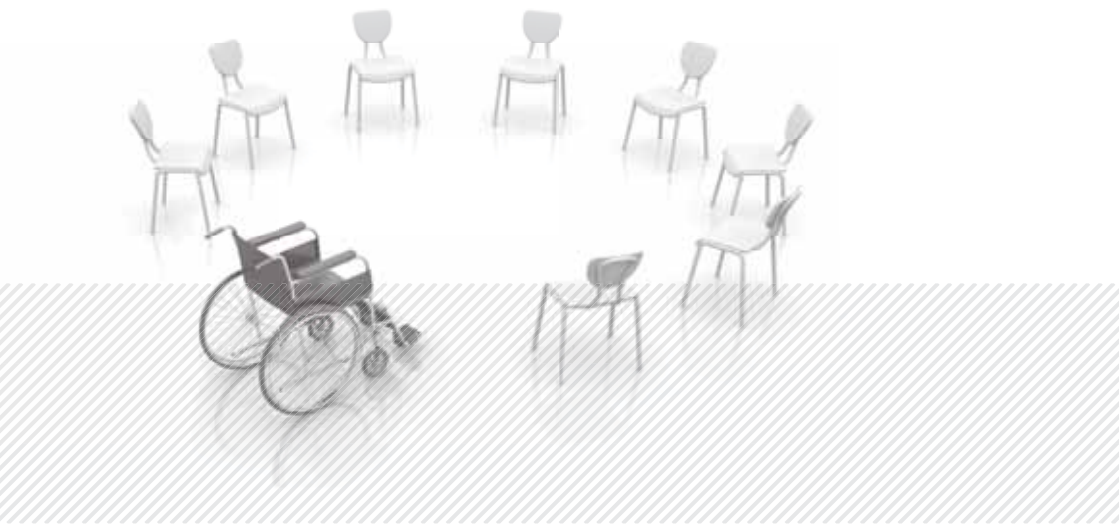
**Mehr Partizipation wagen!**



**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

**Forum Politik  
und Gesellschaft**





**Mehr Partizipation wagen!**

## Impressum

ISBN 978-3-86872-800-2

### **Herausgeberin**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

### **Text**

Nicole Wehr

### **Redaktion**

Urban Überschär, Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Redaktionelle Betreuung**

Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Übersetzung in leichte Sprache**

Zentrum für Leichte Sprache Hamburg  
ForUM – Fortbildung und Unterstützung für  
Menschen mit und ohne Behinderung e. V.

### **Piktogramme**

Wörterbuch für Leichte Sprache, Ka Schmitz,  
Metacom-Datenbank, Annette Kitzinger

### **Fotos**

Umschlag: istockphoto, ayzek; Jens Schicke  
Innen: Jens Schicke

### **Gestaltung**

Meintrup, Grafik Design

### **Druck**

Druckerei Brandt, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recycling-  
papier, ausgezeichnet mit dem blauen  
Umweltengel.

© Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Forum Politik und Gesellschaft

**STIFTUNG**

DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE BERLIN

Juli 2011

**Vorwort** \_\_\_\_\_ 4

**Mehr Partizipation mit  
open space – Eine Anmerkung  
zur Methode** \_\_\_\_\_ 6  
von Judith Badel

**Interview mit Dr. Sigrid Arnade** \_\_\_\_\_ 10  
von Nicole Wehr

**Veranstungsbericht „Mehr  
Partizipation wagen!“** \_\_\_\_\_ 13  
von Nicole Wehr

**Infotafeln** \_\_\_\_\_ 21  
von Judith Badel und Anna Fiehn

**Leichte Sprache** \_\_\_\_\_ 49

**Vorwort** \_\_\_\_\_ 50

**Eine Veranstaltung zum Mit-  
machen und zum Mitbestimmen** \_\_\_\_\_ 55

**Gespräch mit Sigrid Arnade** \_\_\_\_\_ 60

**Bericht über die Veranstaltung  
der Friedrich-Ebert-Stiftung** \_\_\_\_\_ 67



# Vorwort



Im Dezember 2006 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) in New York das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Kurz: Behindertenrechtskonvention (BRK). Die Konvention stellt einen bedeutenden Perspektivwechsel in der Behindertenpolitik dar. Behinderung wird darin erstmalig als Menschenrechtsthema anerkannt. Erklärtes Ziel der BRK ist die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie der Schutz vor jeglicher Form von Diskriminierung. Diesem Ansatz liegt das Leitbild der Inklusion zugrunde. Inklusion bedeutet, dass sich die Umwelt an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anpasst und nicht umgekehrt. Wichtig dabei ist: Die Konvention schafft keine speziellen Rechte für Menschen mit Behinderungen, sondern sie spricht ihnen dieselben Rechte und Pflichten wie allen anderen Menschen zu.

Gemäß dem Motto der BRK „Nichts über uns ohne uns“ wurden insbesondere Vertreter/innen von Behindertenorganisationen aktiv und von Anfang an in die Erarbeitung der Konvention miteinbezogen. Damit ist die BRK

selbst ein positives Beispiel für die gelungene Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

In Deutschland ist die BRK im März 2009 in Kraft getreten. Die Bundesregierung hat sich damit zur Umsetzung und Einhaltung der Feststellungen und Forderungen der Konvention verpflichtet. In Kürze muss ein erster Staatenbericht dem zuständigen Ausschuss des Menschenrechtsrats vorgelegt werden.

Die Konvention hat auch deutlich gemacht, dass es in Deutschland hinsichtlich einer inklusiven Gesellschaft noch Defizite gibt. Man denke zum Beispiel



an nicht barrierefreie Verkehrsmittel, fehlende Fahrstühle in öffentlichen Gebäuden oder die Sonderbeschulung von Menschen mit Behinderungen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung war dies Anlass, um sich gemeinsam mit den Betroffenen mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung werden die Ideen, Vorschläge und Forderungen der Teilnehmenden unserer open space-Veranstaltung gebündelt und dokumentiert. Die große Resonanz auf die Veranstaltung sowie die angeregten Diskussionen in den Arbeitsgruppen haben gezeigt, dass wir auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft noch am Anfang stehen. Die Dokumentation ist als Diskussionsbeitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem Prozess zu verstehen und soll darüber hinaus zu weiteren Initiativen und Projekten Anregungen bieten.

Urban Überschär  
Friedrich-Ebert-Stiftung

# Mehr Partizipation mit open space – Eine Anmerkung zur Methode

Von Judith Badel

*Partizipation* bedeutet Mitbestimmen und Mitgestalten. In der Originalfassung der „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ wird dieses Wort in englischer Sprache verwendet. Partizipation bedeutet mehr als nur Teilnehmen, denn Teilnehmen heißt nicht immer Mitbestimmen oder Mitgestalten. Die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung stand unter dem Motto „Mehr Partizipation wagen!“ . Und das wurde nicht nur inhaltlich diskutiert, sondern auch methodisch umgesetzt:

Viele Veranstaltungen sind so aufgebaut, dass vorne jemand steht und redet und die Teilnehmenden müssen zuhören. Erst ganz am Ende gibt es eine Diskussion. *Bei einem open space ist das ganz anders*: Open space ist englisch und heißt offener Raum. Das bedeutet, dass während einer open space-Veranstaltung ein offener Raum für die Fragen, Themen und Anliegen der Teilnehmenden entsteht.



## Selbstorganisation statt Vorgaben

In der ersten Phase eines open space bringen die Teilnehmenden die Themen ein, die ihnen unter der Überschrift der Veranstaltung unter den Nägeln brennen und am Herzen liegen. Die Teilnehmenden wissen nämlich selbst am besten, wozu sie gerne arbeiten möchten und welche Themen wichtig sind. Dann organisieren die Teilnehmenden in der zweiten Phase Workshops, in denen jede/r moderieren, referieren und partizipieren kann. Für diese Arbeit gibt es lediglich Leitlinien.



## Hummeln und Schmetterlinge sind erwünscht!

Selbstorganisation von Gruppen funktioniert am besten, wenn sie auf Freiwilligkeit beruht. Deshalb gilt das „Gesetz der zwei Füße“: Es besagt, dass es nicht nur erlaubt, sondern erwünscht ist, dass Teilnehmende die Gruppen auch innerhalb der Workshop-Phasen wechseln und sich anderen Gruppen anschließen. Die Teilnehmenden bleiben deshalb nur so lange in einem Workshop, wie sie etwas lernen oder etwas beitragen können. Wenn sie weder lernen, noch beitragen, sind sie aufgerufen, die jeweilige Gruppe mit ihrer „Abwesenheit zu beehren“ und dorthin zu gehen, wo sie wieder lernen oder beitragen können.

Teilnehmende, die von Workshop zu Workshop wechseln, folgen dem Gesetz der zwei Füße und werden „Hummeln“ genannt. Sie „befruchten“ die Workshops mit neuen Ideen.

Die Teilnehmenden eines open space sind aufgerufen, selbst die Verantwortung zu übernehmen: Sie halten sich dort auf, wo es produktiv für sie ist, und sie machen Pausen, wann immer sie es möchten. Die Pausierenden,

die sogenannten „Schmetterlinge“, tragen ebenfalls zum Erfolg eines open space bei, weil sie zum richtigen Zeitpunkt für sich selber sorgen und auch am Buffet in anderer Form mit anderen Teilnehmenden weiter diskutieren.

### Vertrauen in die Kompetenzen der Teilnehmenden

Ein entscheidender Leitsatz des open space lautet: „Die, die da sind, sind genau die Richtigen.“ Den Teilnehmenden wird das Vertrauen entgegengebracht, die entstehenden Fragen kompetent zu bearbeiten und Maßnahmen daraus abzuleiten. Während eines open space sind die üblichen Hierarchien, wie zwischen Lehrer/innen und Schüler/innen oder Unternehmensleitung und Mitarbeitenden außer Kraft gesetzt. Jede/r hat dasselbe Rederecht.



## Mehr Partizipation wagen – ein Open Space zur praktischen Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

In der Friedrich-Ebert-Stiftung haben die Teilnehmenden über die praktische Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen diskutiert. An Stelle von langen Vorträgen, konnten im open space die unterschiedlichsten Menschen voneinander und miteinander lernen: Vertreter/innen von Organisationen, Schüler/innen, Lehrende und Interessierte, Menschen mit und ohne Behinderungen. Dabei wurden Perspektiven erweitert, konkrete



Maßnahmen erarbeitet, Forderungen gestellt und Erfahrungen ausgetauscht. Die Teilnehmenden haben Verbündete und Netzwerkpartner/innen kennengelernt, mit denen sie auch über den Tag hinaus am Thema arbeiten können.

Den Rahmen hierfür hat die Friedrich-Ebert-Stiftung geboten. Der open space lebt von seinen Teilnehmenden, die den Aufruf, mehr Partizipation zu wagen ganz selbstverständlich umgesetzt haben: Sie haben mitbestimmt und mitgestaltet. Und so war der 15. Februar 2011 geprägt von freien, lebendigen Diskussionen und konkreten Arbeitsergebnissen.

# Interview mit Dr. Sigrid Arnade



Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. – ISL

*Frau Arnade, Sie haben an den Verhandlungen zur Behindertenrechtskonvention (BRK) in New York teilgenommen. Wie sah die Arbeit vor Ort aus?*

Ich war eine von rund 400 Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die mit etwa genauso vielen UN-Regierungsvertreter/innen über die BRK diskutierte. Eine tolle Erfahrung, denn noch nie zuvor ist die Zivilgesellschaft so stark einbezogen worden. Wir haben uns schnell organisiert, haben Untergruppen und ein Leitungskomitee gebildet. Als solche haben wir vor und nach den Plenarsitzungen weiter an unseren Punkten gearbeitet. Das war sehr effektiv. Der Komiteevorsitzende der UN, Don Mackay aus Neuseeland, hatte eine gute Art, uns alle einzubinden. Er hat uns immer wieder gezeigt, dass ihm unsere Meinung wichtig ist. Hilfreich war auch, dass wir auf allen Seiten vertreten waren, da in einigen Regierungsdelegationen auch Menschen mit Behinderungen saßen.

*Was sind für Sie die größten Errungenschaften der BRK?*

In der BRK wird Behinderung zum ersten Mal aus einer Menschenrechtsperspektive betrachtet. Das liegt vor allem daran, dass auch Betroffene an der Konvention mitgearbeitet haben. Die bis dahin übliche medizinische Sicht auf Behinderung wurde dadurch endlich überwunden. Mit der BRK ist der Menschenrechtsdiskurs vollständiger geworden.



Dr. Sigrid Arnade

*Wie gut ist die BRK in Deutschland inzwischen verankert?*

Noch gar nicht! Die BRK ist bald zwei Jahre gültiges Recht, doch bisher passiert einfach zu wenig. Immerhin ist sie sehr bekannt: Das Wort „Inklusion“ kennt man inzwischen. Die Ministerien machen zwar große Veranstaltungen, doch die Lebenssituation vieler Behinderter verschlechtert sich trotzdem. So sollen zum Beispiel Fahrdienste eingestellt oder in Einrichtungen aus Einzel- einfach Doppelzimmer gemacht werden. Fortschritte gibt es hingegen im Bereich Bildung. Zumindest in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein wurde das Schulgesetz bereits geändert. Dort gibt es nun weniger Sonderschulen, dafür mehr sozialpädagogische Kompetenzzentren. Man ist auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem.

*In welchen Bereichen der BRK besteht denn der dringendste Handlungsbedarf?*

Bildung ist natürlich ein großer und deutlicher Punkt, da hinken wir international weit hinterher. Aber auch beim Thema selbstbestimmtes Leben gibt es Defizite: Viele junge Leute leben zwangsweise im Altersheim, weil ihnen die nötige Assistenz außerhalb nicht finanziert wird. Dort bedarf es einer Umverteilung der Kosten, in Schweden funktioniert das wunderbar.



*Was nehmen Sie vom open space an Erfahrungen mit?*

Auf jeden Fall, dass mein Vortrag zu kompliziert war. Mit solch einer heterogenen Gruppe hatte ich nicht gerechnet. Da ist es schwierig, jedem gerecht zu werden. Die open-space-Methode fand ich sehr spannend. Ich war überrascht, wie lebendig diskutiert wurde. Normalerweise reden in Arbeitsgruppen ja meist nur drei bis vier Leute. Hier kamen alle zu Wort.

*Die Fragen stellte Nicole Wehr*



# Veranstaltungs- bericht „Mehr Partizipation wagen!“

Von Nicole Wehr

„Nichts über uns ohne uns!“ – Mit dieser Forderung reisten vor 5 Jahren knapp 400 behinderte und nichtbehinderte Vertreter/innen von NGOs nach New York. Dort verhandelten sie mit Regierungsvertreter/innen der Vereinten Nationen (VN) über den Inhalt eines neuen Vertrags über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die sogenannte Behindertenrechtskonvention (BRK). Nie zuvor wurde die Zivilbevölkerung so stark einbezogen, nie zuvor wurde Behinderung als ein Menschenrechtsthema anerkannt. Noch im gleichen Jahr verabschiedeten die VN das 50 Artikel umfassende Dokument, seit knapp zwei Jahren gilt der Vertrag in Deutschland.

Hat sich seit Einführung der BRK die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Deutschland verbessert? Wie wird sie umgesetzt, wo ist noch Handlungsbedarf? Diese und viele weitere Fragen diskutieren an diesem Dienstagmorgen rund 250 Menschen – mit und ohne Handicap – in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. „Mehr Partizipation wagen!“ lautet

der Titel der Veranstaltung. Und um auch wirklich allen ein gleich starkes Mitspracherecht zu gewähren, gilt die open-space-Methode: Selbstorganisation statt diktiertes Programm. So können die Teilnehmer/Innen nicht nur die einzelnen Workshopthemen frei wählen, sondern auch jederzeit die Gruppe wechseln oder eine Pause machen.



Als Einstimmung auf das Thema spricht Dr. Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL), über die Entstehung der BRK, ihre Inhalte und Ziele – aber auch über noch offene Fragen. Gebärdendolmetscher/innen sorgen dafür, dass alle dem Geschehen folgen können.

Die zentralen Punkte der BRK stehen zudem kurz erklärt auf Postern, die im Foyer an Stellwänden hängen. So können sich die Teilnehmer/Innen beim anschließenden Stationengespräch Anregungen für die Workshopphase holen. Ob Bildung, Selbstbestimmung oder Barrierefreiheit – Gesprächsstoff gibt es genug. Das zeigt sich auch, als es um 11 Uhr an die Themenfindung geht. Schnell hängt die Stellwand voller Zettel mit den Anliegen der Teilnehmenden. Die Begleiterin der open space-Veranstaltung, Judith Badel, erklärt zunächst die Regeln und fasst dann ähnliche Vorschläge zusammen. Insgesamt kann in 13 Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen gearbeitet werden.

Oliver Klar hat sich zu Gruppe E gesetzt. Dort geht es um die Frage, wie sich die von der BRK geforderte Inklusion mit dem gesellschaftlich so tief verwurzelten Leistungsprinzip vereinbaren lässt. Klar arbeitet als Sportinte-



grationsbeauftragter und Übungsleiter beim SV Pfefferberg am Prenzlauer Berg. Er selbst hatte das Thema eingebracht. „Wir arbeiten gerade daran, von der Integration zur Inklusion zu kommen, also nicht nur reine ‚Behindertengruppen‘ zu haben, sondern Menschen mit Handicap in ‚normalen‘ Mannschaften mitspielen zu lassen“, erzählt er. Dazu bilde der Verein derzeit seine Trainer/innen intern weiter, denn es brauche schon eine Begleitung,



um Gruppen zusammenzuführen. „Ich habe allerdings auch gelernt, dass Separation manchmal okay sein kann – Hauptsache, es geht im Sinne einer Gesamtveränderung vorwärts.“

Anna-Katharina Andrees trainiert beim Circus Sonnenstich 15 Artist/innen, die allesamt das Down-Syndrom haben. Sie arbeitet mit freien und angeleiteten Bewegungsphasen. „Wir dürfen nicht vergessen, dass auch Menschen mit Behinderungen leistungsfähig sind“, sagt sie. Dennoch hält die Gruppe fest, dass Inklusion differenziert betrachtet werden muss. Es gebe nicht das eine, allgemeingültige Modell. Generell seien mehr Sportangebote nötig, in denen Spaß statt Leistung im Zentrum stehe.

Unterstützung sollte nicht nur für Fachkräfte selbstverständlich sein, findet die Schülerin Funda Alar: „Eigentlich sollten in jeder Klasse auch ein bis zwei Schüler/innen mit Handicap lernen. Das würde sicher Berührungsängste und Vorurteile abbauen.“ Eine Freundin von ihr kenne solche Vorurteile gut. Über ihre tauben Eltern hätten Mitschüler/innen schon einmal gesagt: „Die können doch nichts.“ Funda selbst hat eine geistig behinderte Tante. „Wir kommunizieren mit Händen und Füßen, irgendwie funktioniert es immer“, sagt

sie. Während des open space hat Funda im Workshop J zum Thema „Gebärdensprache und Untertitel“ mitgearbeitet. „Das war spannend. Vorher habe ich mir darüber noch nicht viele Gedanken gemacht. Die USA sind uns auf dem Gebiet weit voraus, dort gibt es fast überall Untertitel! In Deutschland müsste es außerdem Gratis-SMS für Gehörlose geben.“

Egal, in welcher Gruppe – der Konjunktiv ist überall zu hören. „Statt zu fragen, was eigentlich anders sein müsste, sollten wir uns viel häufiger fragen, was wir konkret tun können“, findet die Freiwilligenhelferin Tanja Weisslein von der Lebenshilfe Berlin. Sie diskutiert in Gruppe D die Frage, wie Organi-



sationen, die ausschließlich mit Menschen mit Behinderungen arbeiten – also nicht inklusiv sind – die BRK umsetzen können. Es sei wichtig, jeden Raum auch anderen Menschen zu öffnen. Doch besonders in der Schule gebe es oft Probleme, wenn Kinder mit Behinderungen aufgenommen würden. Es mangle an Geld und Flexibilität. „Institutionen bleiben eben gern so, wie sie sind. Sie müssen sich aber ändern“, sagt Susanne Bürkle vom Tiele-Winckler-Haus. Die Einrichtung gehört zu der Evangelischen Behindertenhilfe und bietet Menschen mit geistigen Behinderungen betreutes Einzelwohnen an. „Auf jeden Fall sollte man die Räume, die es gibt, optimal nutzen“, resümiert Bürkle.

Das reicht Annett Heinrich aus Dresden nicht: „Mir ging’s nicht weit genug, mir haben die revolutionären Ansichten gefehlt“, sagt sie in der Mittagspause über den Workshop. Der Landesbehindertenbeirat Berlin habe immens viel Nachholbedarf. Immer werde nur das gesichert, was schon da ist. „Oft wird nur an Formulierungen gefeilt, ein neuer Blickwinkel wird nicht umgesetzt.“ Heinrich würde am liebsten einen Aktionsplan erarbeiten und ihn in der Breite diskutieren – und nicht immer die Kosten als Hindernis vorschieben.

Simone Mang, Praktikantin beim Berliner Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, ist ähnlich kritisch. „Es gibt schon gute Ansätze, aber oft sind das nur Momente. Der Wille ist zwar da, aber es fehlt die Konstanz. Die Politik ist ambivalent.“ Es brauche mehr Ehrenamtliche, um Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Für den open space an sich hätte sich Mang mehr Kreativität gewünscht: „Künstlerische oder musikalische Beiträge wären schön gewesen.“

Völlig begeistert sind hingegen die Rentnerinnen Ursula Hahn und Hannelore Huschert. „Mir gefällt dieses Offene sehr gut, so beteiligen sich alle sehr rege“, sagt Hahn. Ein open space sei besonders für Unruhige eine sinnvolle Organisationsform. Die beiden Damen machen heute den „Schmetterling“, wandern viel umher und schnappen hier und dort Eindrücke auf, anstatt sich einer Gruppe länger anzuschließen.



Beim open space mögen nichtbehinderte Teilnehmer/innen ebenso interessiert sein wie die behinderten Teilnehmer/innen – gesamtgesellschaftlich betrachtet fehlt es jedoch noch immer an Verständnis für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Über Diskriminierung durch „normale“ Menschen tauscht sich Gruppe F aus. „Eins der größten Probleme sehe ich in der frühen Trennung von gesunden und behinderten Kindern – das beginnt ja schon in der Kita“, sagt Matthias Grombach vom Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V. (Forsea). „Würde man sie gar nicht erst trennen, müsste man sie auch nicht wieder mühsam zusammenführen!“ Eine frühe Inklusion würde ganz von allein zu einer Sensibilisierung führen.



Der gleichen Meinung ist auch Ferdinand Jentsch, Lehrer an der Berliner Bröndby-Schule, einer Integrationsschule: „Hätten wir eine Gemeinschaftsschule für alle, dann bräuchte man über Behinderung gar nicht zu reden.“ Es fehle eine Kultur der Anerkennung. Mit seiner 10. Klasse ist er heute zur Friedrich-Ebert-Stiftung gekommen. Zur Vorbereitung hatten sie im Fach Ethik über die Menschenrechte gesprochen. Ein Problem sei auch, dass der Ausfall von Lehrkräften immer durch das Sonderpersonal ausgeglichen werde. „Die Politiker/innen wissen zu wenig über die Situation in Schulen.“ Verbesserungsbedarf sehen seine Schüler Kevin, Fabian, Dennis und Steven auch bei der Integration von Menschen mit Behinderungen an der eigenen Schule: „Die meisten sind schon noch relativ abgekapselt, auf dem Schulhof stehen sie eher alleine rum“, sagt Kevin.

Ein grundlegendes Problem bei Diskriminierung besteht darin, dass es keine Sanktionen dafür gibt. „In Deutschland kommt man nicht leicht zu seinem Recht“, sagt Dr. Sigrig Arnade. Sie hat sich nach ihrem Vortrag die Gespräche über Mehrfachdiskriminierung (Workshop K) angehört. „Es ist eine gewisse Hilflosigkeit zu spüren. Es gibt zwar Gesetze, doch Diskriminierung passiert trotzdem.“ Der seit 1990 in den USA geltende „Americans With Disabilities Act“ (ADA) sei da effektiver.

Auch Martina Mittelstädt ärgert sich oft über Diskriminierung. Sie engagiert sich im Werkstatttrat des Kaspar Hauser Therapeutikums und diskutiert in Gruppe A



über Arbeit, Einkommen und Grundsicherung. „Wenn eine Behinderung rauskommt, ist der Ofen aus. Man wird nur noch als halber Mensch wahrgenommen. Ich bin froh, dass das bei mir keiner merkt.“ Mittelstädt ist seelisch behindert. Sie sieht die Gesellschaft und deren Sozialneid als größtes Übel: „Man wird beschimpft, weil man so viel Sonderrechte bekommt.“ Zu viele Arbeitgeber hielten sich einfach raus. Mittelstädt wünscht sich, dass Menschen mit Behinderungen als Teil der Gesellschaft angenommen werden. „Wir sind schließlich keine Menschen zweiter Klasse.“

Sehr lebhaft geht es auch im Workshop über Mobilität im Alltag zu. Die Gruppe ist eine der größten. Der Rollstuhlfahrer Hans-Werner Fuhlroth erzählt von Problemen beim Reisen: „Der Mobilitätsservice der Bahn ist gut, Schwierigkeiten habe ich allerdings mit meinem Lifter.“ Der sei zu schwer zum Mitnehmen, einen transportablen zahle ihm aber keine Krankenkasse. Das Mieten sei zu teuer. „Und die Pflegekasse fühlt sich nicht zuständig. Das schränkt meine Reisemöglichkeiten schon arg ein“, sagt Fuhlroth. Beklagt werden auch die Pläne des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB), den Gratis-Begleitservice in S-Bahnen und Trams zu reduzieren. Beim Ein- und

Ausstieg gebe es besonders im Nahverkehr noch immer Probleme. Gut seien die für Menschen mit Schwerbehindertenausweis privat nutzbaren Telebusse in Berlin, doch auch davon gebe es zu wenig.

Sandy Krohn vom Berliner Behindertenverband zieht nach der Ergebnisvorstellung im Plenum Bilanz: „Einzelne Gruppen hätten schon Moderator/innen gebrauchen können, dann hätte man sich nicht so sehr an Kleinigkeiten aufgehalten. Mir fehlte manchmal das Denken in größeren Zusammenhängen. Der Horizont der Teilnehmer/innen war auch sehr unterschiedlich.“ Positiv findet sie hingegen, dass teilweise ganze Einrichtungen anwesend seien,



auch aus anderen Bundesländern. „Die haben neue Idee mitgebracht – und ich konnte neue Kontakte knüpfen“, sagt sie.

Über neue Erkenntnisse freut sich auch Joachim Lund, im Hauptberuf Unternehmensberater für Innovation im Verkehrswesen. Nebenbei engagiert er sich im Beirat für Menschen mit Behinderungen im Bezirksamt Tempelhof/Schöneberg. „Betroffene werden in ihren Fähigkeiten viel zu oft unterschätzt. Auch geistig Beeinträchtigte wissen genau, was sie wollen.“ So verlassen die Teilnehmer/innen des open space die FES vielleicht nicht mit fertigen Lösungen – doch zumindest mit einem geschärften Bewusstsein für das Potenzial, das in Menschen mit Behinderung steckt.

# Infotafeln

von Judith Badel und Anna Fiehn

in Tag!  
Anschreiben für Sie im  
Anschreiben Annette Lazar und  
Annette Meyer  
An Sie Wünsche  
Anschreiben der Schriftgröße

...Participation wagen!  
...Partizipation zur praktischen  
UN-Behindertenrechtskonvention  
Dienstag, 15. Februar 2011



## Allgemeine Informationen

### **Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Eine Konvention ist eine Übereinkunft.

Die „Vereinten Nationen“ haben einen Vertrag gemacht.

Mehrere Länder haben den Vertrag unterschrieben.

Das heißt, die Länder sind mit dem Vertrag einverstanden.

Es gibt verschiedene UN-Konventionen.

Eine dieser Konventionen ist über die Rechte für Menschen mit Behinderungen.

#### **In der Konvention steht zum Beispiel:**

- Menschen mit Behinderung sollen überall mitmachen können.
- Deshalb soll es keine Barrieren geben.
- Menschen mit Behinderung sollen die gleichen Rechte haben, wie alle anderen Menschen auch.

**Deutschland hat die UN-Konvention auch unterschrieben.**

**Das heißt: Deutschland muss sich an den Vertrag halten.**

Die UN-Konvention gibt es auch in Leichter Sprache.



## Allgemeine Informationen

### Zum Beispiel:

Deutschland muss neue  
Gesetze machen.

Wenn neue Gesetze gemacht werden,  
dann sollen Menschen mit Behinderung  
mitreden.

*Warum ist es wichtig,  
dass Menschen mit  
Behinderung die  
Gesetze mitgestalten?*



### Was ist neu an der BRK:

- Behinderung wird als Menschenrechtsthema anerkannt.
- „Nichts über uns ohne uns!“ muss bei Umsetzung realisiert werden.
- Noch nie wurde Zivilgesellschaft so stark einbezogen.

### Was heißt menschenrechtliche Perspektive?

„Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen. Wo diese, aus welchen Gründen auch immer, verweigert oder nicht gewährleistet wird, handelt es sich um eine Menschenrechtsverletzung.“ (Quelle: [www.isl-ev.de](http://www.isl-ev.de))

## Mehr Partizipation wagen!

### Was heißt Partizipation?

Partizipation ist ein Wort für Mitgestalten und Mitbestimmen. Es bedeutet mehr als nur Teilnehmen. Teilnehmen heißt nicht immer auch Mitbestimmen.

### Mehr Partizipation wagen!

In der Originalfassung der UN-Konvention auf englischer Sprache wird der Begriff Partizipation („participation“) verwendet. In der deutschen Fassung, auf die sich Deutschland, Österreich, Liechtenstein und die Schweiz geeinigt haben, wird der Begriff Teilhabe verwendet.



## Partizipation als Menschenrechtsthema

Unter anderem kritisiert das Deutsche Institut für Menschenrechte diese Übersetzung und fordert **Partizipation als menschenrechtlichen Auftrag** zu verstehen:

Das heißt:

„Wird Partizipation sinnvoll gelebt, kommt darin die Anerkennung von Menschen als Rechtssubjekten und Trägern der menschlichen Würde zum Ausdruck. (...) Nicht zuletzt kann Partizipation dazu beitragen, die Qualität der Maßnahmen zu verbessern und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen zu erhöhen.“

(Quelle: Deutsches Institut für Menschenrechte, Positionen, 3/2010)



## Bewusstseinsbildung - Artikel 8

### **Es ist wichtig, dass alle Menschen wissen, welche Rechte und Freiheiten Menschen mit Behinderungen haben.**

Niemand darf einen Menschen mit Behinderungen diskriminieren oder schlecht behandeln, auch nicht wegen des Geschlechts oder des Alters.

Alle Länder, die bei dieser Konvention dabei sind, sollen alles tun, damit es keine Diskriminierung gibt. Sie sollen darauf achten, dass das in allen Bereichen so ist, auch in den Familien.

**Leider behandeln manche Leute Menschen mit Behinderungen schlecht** oder glauben, sie sind weniger wertvoll als Menschen ohne Behinderungen. Das ist oft deswegen so, weil sie keine Menschen mit Behinderungen kennen.

Deswegen sollen alle Länder dafür sorgen, dass die Leute darauf aufmerksam werden, welche Fähigkeiten Menschen mit Behinderungen haben und was sie alles leisten können.

## Bewusstseinsbildung - Artikel 8

Die Länder sollen sinnvolle Aktionen machen. So kann man die Menschen dazu bringen, dass sie die Rechte von Menschen mit Behinderungen besser einhalten und freundlicher zu ihnen sind und erkennen, was Menschen mit Behinderungen alles schaffen können.

**Die Menschen sollen schon als Kinder in der Schule lernen, dass Menschen mit Behinderungen gleich sind wie alle anderen Menschen.**

Es sollen auch alle Medien Menschen mit Behinderung so zeigen wie sie sind. Medien sind zum Beispiel Fernsehen oder Zeitungen. Es soll gezeigt werden, wie wichtig und wertvoll Menschen mit Behinderungen sind.



## Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Bildung.

Alle Kinder sollen in die gleichen Schulen gehen. Behinderte Kinder und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam lernen. Es soll keine Sonderschulen geben.

Es muss darauf geachtet werden, dass alle Menschen die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Damit für sie das Lernen leichter ist und alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen können.

Dafür sollen Lehrer/innen arbeiten, die sich mit Blindenschrift oder Gebärdensprache auskennen. Es sollen auch Lehrer/innen arbeiten, die selber Behinderungen haben, weil die sich besonders gut auskennen.

*Wie muss  
Eure Schule  
verändert werden?*



**Auch nach der Schule lernen alle zusammen:  
Auch in der Ausbildung.  
Auch an der Universität.**

**Nach der Schule soll es Möglichkeiten für lebenslanges Lernen geben.**

Das ist wichtig, weil man sich besser fühlt, wenn man etwas gelernt hat und damit auch Geld verdienen kann.

Es ist auch wichtig, weil man so weiß, was man besonders gut kann. Wenn man etwas gelernt hat und Geld verdienen kann, ist man nicht immer von anderen abhängig.



## Selbstbestimmung - Artikel 24

### Was heißt Selbstbestimmung?

Eine Person sagt, was sie machen will.

Zum Beispiel:

- So will ich wohnen!
- Das will ich arbeiten!
- Das will ich in meiner Freizeit tun!

### **Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen Menschen das Recht, dass sie sich aussuchen können, wie sie in der Gesellschaft leben wollen.**

Zum Beispiel dürfen sie sich aussuchen, wo sie leben und mit wem sie leben. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht gezwungen werden, in bestimmten Wohnungen oder Einrichtungen zu wohnen.





**Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zu Unterstützung und Hilfe haben.**

Dazu gehört auch eine persönliche Assistenz, die dabei hilft, dass man am allgemeinen Leben teilnehmen kann und nicht ganz alleine ist.

Die Dienstleistungen und Einrichtungen, die es in einer Gemeinde gibt und die für alle Menschen da sind, **müssen auch für Menschen mit Behinderungen da sein.**



## Barrierefreiheit und Mobilität - Artikel 9 und 20

### **Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Möglichkeiten im Leben haben, wie Menschen ohne Behinderungen.**

Menschen mit Behinderungen sollen überall mitmachen können. Barrierefreiheit bedeutet, dass jeder Mensch ungehindert überallhin gelangen kann.

Aber es gibt viele Hindernisse.

Das sind zum Beispiel für **Menschen im Rollstuhl**:

- Treppen
- Zu kleine Toiletten
- Eingänge und Ausgänge auf Bahnhöfen
- Stufen bei Zügen, Bussen und Flugzeugen



Das ist zum Beispiel ein Hindernis für **Menschen mit Lernschwierigkeiten**:

- Schwere Sprache

Das ist zum Beispiel ein Hindernis für **gehörlose Menschen**:

- Es gibt nicht genug Gebärdendolmetscher/innen.

## Barrierefreiheit und Mobilität - Artikel 9 und 20

### Beispiel Internet

Im barrierefreien Internet können alle Menschen gut zu Informationen kommen.

Dazu muss man zum Beispiel eine Internetseite so machen, dass der Text vorgelesen wird oder ein Video mit Gebärdensprache dabei ist.



### Umsetzung

Die Länder, die bei dieser Konvention dabei sind, müssen sich darum kümmern, dass alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind. Es sollen sich auch viele Leute mit Barrierefreiheit auskennen und wissen, was man dafür tun muss. Dafür soll es Schulungen geben.



## Recht auf freie Meinung und Information - Artikel 21

**Menschen mit Behinderungen müssen mitreden.** Sie haben, wie alle anderen Menschen, das Recht auf eine freie und eigene Meinung.

Sie haben auch das Recht auf Informationen. Das ist wichtig, weil man über eine Sache Bescheid wissen muss, wenn man eine Meinung dazu haben will.



Menschen mit Behinderungen müssen diese Informationen genauso schnell wie alle anderen Menschen bekommen und nicht erst später. Es muss auch möglich sein, dass sie diese Informationen lesen und verstehen können.

### **Zum Beispiel:**

- Blinde Menschen müssen Internetseiten am Computer lesen können.
- Gehörlose Menschen brauchen Gebärdensprache im Fernsehen.
- Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Bücher und Zeitungen in Leichter Sprache.

## Recht auf freie Meinung und Information - Artikel 21

Wenn Menschen mit Behinderungen auf ein Amt gehen, müssen sie sich dort auf die Art informieren können, die sie brauchen.

**Wenn jemand Dienstleistungen und Informationen anbietet, soll er das so machen, dass man die Informationen barrierefrei bekommen kann.** Auch Medien, also zum Beispiel Zeitungen, Fernsehen oder das Internet sollen ihre Informationen barrierefrei machen.



## Recht auf Gesundheit - Artikel 25

### Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf die bestmögliche Gesundheit.

Auch für Menschen mit Behinderungen muss es gute Ärztinnen und Ärzte geben.

Die Krankenhäuser müssen auch für Menschen mit Behinderungen gut sein.

#### Das heißt zum Beispiel:

- Für Menschen im Rollstuhl muss es einen Fahrstuhl und ein Rollstuhl-WC geben.
- Blinde Menschen müssen den Weg ins Krankenhaus gut finden können.
- Die Ärztinnen und Ärzte müssen in leichter Sprache erklären können, was wichtig bei der Krankheit ist.



## Recht auf Gesundheit - Artikel 25

### Gleiche Leistungen für alle:

Die Länder, die bei dieser Konvention dabei sind, schauen darauf, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen genauso gut ist, wie die von Menschen ohne Behinderungen. Menschen mit Behinderungen müssen jede Behandlung bekommen, die sie brauchen.



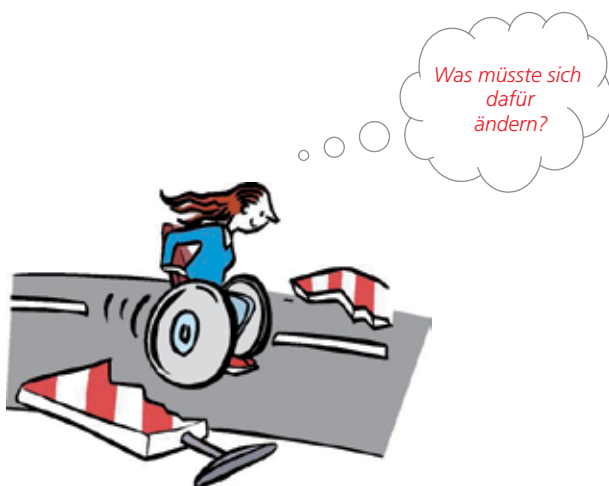
### Spezielle Ausbildungen für Gesundheitsberufe:

Die Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen auch speziell geschult werden. Das sind zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte oder Pflegerinnen und Pfleger. Vor allem sollen diese Menschen lernen, was Menschen mit Behinderungen brauchen und wie man richtig mit ihnen umgeht. Zum Beispiel darf man Menschen mit Behinderungen nicht beleidigen und darf nur das tun, was sie wollen.

**Frauen und Mädchen mit Behinderung werden oft mehrfach diskriminiert, weil sie weiblich sind und eine Behinderung haben.**

Diskriminierung bedeutet, dass eine Person schlechter behandelt wird als eine andere.

Alle Länder, die bei dieser Konvention dabei sind, müssen dafür sorgen, dass Frauen gleich behandelt werden und alle Rechte und Freiheiten haben.





## Kinder - Artikel 7

**Kinder mit Behinderungen haben die gleichen Freiheiten und Menschenrechte wie Kinder ohne Behinderungen.**

Wenn ein Land Maßnahmen für Kinder macht, muss es genau darauf achten, dass die auch wirklich gut für die Kinder sind.

Kinder mit Behinderungen dürfen ihre Meinung zu solchen Maßnahmen sagen und was sie anders machen würden. Die Kinder bekommen Hilfe, damit sie dieses Recht auch ausüben können.



## Arbeit und Beschäftigung - Artikel 27

**Behinderte Menschen sollen da arbeiten können, wo alle Menschen arbeiten.**

Sie haben das Recht, mit Arbeit Geld zu verdienen, damit sie unabhängig und selbstbestimmt leben können. Es muss Möglichkeiten geben, dass Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz bekommen, der für sie geeignet ist und den sie gut erreichen können.

**Zum Beispiel:**

- In der Autofabrik der eigenen Stadt.
- Oder im Supermarkt.
- Oder an der Universität.
- Oder im Krankenhaus.



Menschen mit Behinderungen sollen bei der Arbeitssuche unterstützt werden und auch dabei, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten können. Sie sollen auch dabei unterstützt werden, wenn sie ein eigenes Geschäft gründen wollen.

Mehr Partizipation wagen!

Ein Open-Space zur praktischen Umsetzung der  
UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

Forum Politik  
und Gesellschaft



## Diskriminierungsfreie Sprache

### Diskriminierung wegen einer Behinderung

Ein Mensch mit Behinderung muss die gleichen Möglichkeiten und Rechte haben, wie alle anderen Menschen. Wenn das nicht so ist, ist das eine Diskriminierung.

### Sprache

Unter Sprache versteht man gesprochene Sprache aber auch Sprache, die man nicht laut ausspricht, wie zum Beispiel Gebärdensprache.

### Diskriminierung durch Sprache:

Zum Beispiel:

- Beschimpfungen
- Nicht beachten, z.B. nur mit der persönlichen Begleitung sprechen.
- Schwere Sprache
- Es gibt auch positive Diskriminierungen durch Sprache.



**Positive Diskriminierungen** sind zum Beispiel übertriebene Bewunderung für Selbstverständlichkeiten.

**Leichte Sprache heißt, so reden und schreiben dass es möglichst viele verstehen.**

### **Regeln für Leichte Sprache:**

#### ***So spricht man in Leichter Sprache:***

- Kurze Sätze
- Keine Kindersprache
- Keine Fremdwörter oder Fachbegriffe
- Verben verwenden
- Nur eine Information pro Satz
- Keine Abkürzungen

#### ***So soll Leichte Sprache in Texten aussehen:***

- Große Schrift
- Gut lesbarer Schrifttyp
- Keine Texte in GROSSBUCHSTABEN schreiben
- Kein Blocksatz
- Keine Spalten
- Genügend große Absätze
- Erklärende Bilder, Symbole und Fotos

## Öffentliches Leben - Artikel 29

**Behinderte Menschen müssen das Recht haben, dass sie am öffentlichen Leben teilnehmen können.**

### Was ist öffentlich?

Das ist für alle Menschen. Etwas für alle Menschen ist öffentlich.

Diese Sachen sind zum Beispiel öffentlich:

Telefonzellen

Bus und Bahn

Schwimmbad

Kino und Theater

politische Parteien

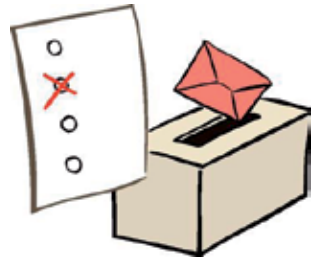


## **Menschen mit Behinderungen haben die gleichen politischen Rechte wie Menschen ohne Behinderungen.**

Menschen mit Behinderungen müssen wählen dürfen und sie müssen auch gewählt werden können.

Es muss einfach und klar sein, wie man wählen kann.

Wenn es wichtig ist, sollen Menschen mit Behinderungen jede Hilfe bekommen, die sie brauchen. Auch durch eine andere Person, die sie sich selber aussuchen können.



## **Es muss möglich sein, dass Menschen mit Behinderungen in der Gemeinschaft gleichberechtigt mit allen anderen Menschen mitarbeiten.**

Menschen mit Behinderungen sollen auch in politischen Parteien mitarbeiten können. Es soll auch Organisationen geben, die die Rechte und Wünsche von Menschen mit Behinderungen vertreten.

*Wie müssen sich  
Parteien verändern, damit  
alle Menschen mitarbeiten  
können?*

## Disability Mainstreaming

**Disability Mainstreaming** ist eine englische Bezeichnung. Disability heißt auf Deutsch Behinderung oder Einschränkung. Mainstreaming bedeutet auf Deutsch: „etwas in den Hauptstrom bringen.“

**Disability Mainstreaming bezeichnet die Absicht, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen.**

Jedes politische und gesellschaftliche Handeln muss von zwei Fragen begleitet werden:



Laut Koalitionsvertrag (2009) müssen sich alle Entscheidungen an der BRK messen lassen. Ein Aktionsplan soll 2010 entwickelt und 2011 fertig werden.



## Inklusion und Integration

### Was bedeutet Inklusion?

**Inklusion** ist ein lateinisches Wort.

Auf Deutsch heißt das Wort:

Einbeziehung oder Dazugehörigkeit.

Man meint damit:

Alle Menschen sind mit dabei.



Inklusion heißt:

Jede und Jeder darf überall mitmachen, wenn sie/er das möchte.

Jede und Jeder entscheidet selbst, was sie/er, wo machen möchte.

Inklusion heißt auch, dass das Zusammenleben ganz normal sein soll.

## Inklusion und Integration

**Welchen Begriff findet ihr sinnvoller:  
Integration oder Inklusion?**

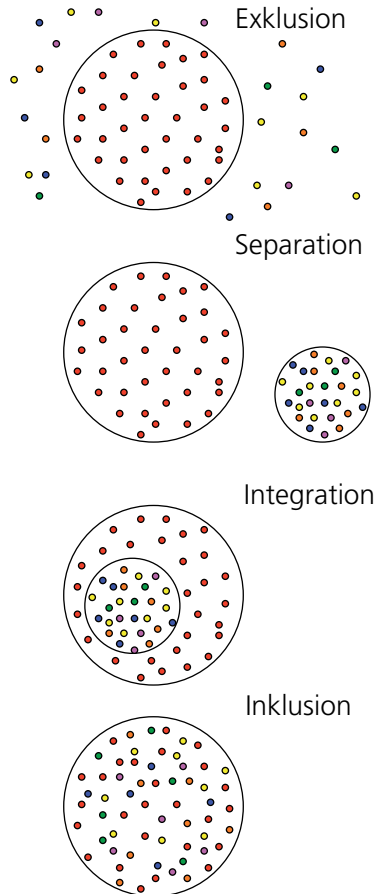
**Inklusion ist nicht das gleiche  
Wort wie *Integration*.**

Wer von **Inklusion** redet, redet  
über die Gesellschaft und über  
alle Menschen.

Jeder Mensch ist etwas  
Besonderes, niemand soll deshalb  
behindert werden und alle  
Menschen haben besondere  
Bedürfnisse.

**Integration** ist lateinisch und heißt  
„Wiederherstellung eines Ganzen“.

Wer von Integration redet, spricht  
von verschiedenen Gruppen.  
Ein Ganzes (eine Gesellschaft) wird  
wiederhergestellt.



**Quellenangaben zu den Infotafeln (S. 21 – 48):** Mensch zuerst e.V.: Das neue Wörterbuch für Leichte Sprache; [www.hurraki.de](http://www.hurraki.de); ISL e.V.; [www.ich-kenne-meine-rechte.de](http://www.ich-kenne-meine-rechte.de) (Deutsches Institut für Menschenrechte); SPD Bundestagsfraktion: Menschen-Rechte für behinderte; Frauen, Männer und Kinder auf der ganzen Welt

funktionieren nicht  
von selber. Angebote  
auch nicht!  
Was ist nötig?  
hilfreich?

Das Paritätische &  
Ufa Fabrik  
Modellprojekt  
INKLUSION  
Tempelhof  
Schneiders

Bedines Bildungsträger  
sind auf dem Weg  
Diskussion

Lebenshilfe für  
City Volkshochschule

FB Kita Betreuung  
DozentInnen mit besonderen  
Fähigkeiten gewinnen  
SFBB Landesregion

Belinw (Arbeitgeber)  
Aktionskreis  
Erwachsenenbildung  
diverse Bildungsträger

belin open space cooperative  
- bascap  
Institute of Cultural Affairs  
et.  
participative Prozesse  
- in vielen Sinne

Mehr in Kontexten  
mit vielen Menschen  
mit Behinderungen  
arbeiten

Fortbildungen  
in Kooperation  
organisieren

Fortbildungen  
zwei DozentInnen  
gemeinsam fortbilden  
Arbeit mit gehörlosen  
Kindern

Min. f. Gesundh./Sozial  
in Thüringen  
6% Quote überfüllt  
hohe Diversität

alle Kinder  
lernen Gebärdensprache

tausch mit KollegInnen und  
ressourcen mit Behinderung  
partizipative Prozesse begleiten  
Institutionen, die können freie  
Entscheidungen in Ansoflegung anbieten.

aria Pries  
uriska Late  
uriska Schneider  
ane Neubert  
ens Clausen

SGB IX  
(NICHT) Umsetzung von  
Gesetzen

se/versteht  
realität

Pool von  
mit Handytaps

igkeit einbeziehen von  
den mit Lernschwierigkeiten  
und geistigen Fähigkeiten

Wie zu gemeinsamer Richtung  
kommen / wie vermitteln

Partizipations Gremien  
ins Leben bringen

# Leichte Sprache

# Vorwort



Im März 2009 wurden in Deutschland die Rechte von behinderten Menschen gestärkt.



Diese Rechte sind in einem Vertrag geregelt.

Diese Rechte stehen im **Übereinkommen** für die Rechte behinderter Menschen.

Die meisten sagen:

Behindertenrechts**konvention**.

Ein **Übereinkommen** oder eine **Konvention** ist so etwas wie ein Vertrag.

Wegen der Behindertenrechtskonvention haben alle behinderten Menschen die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Menschen.

Sie sollen überall mitmachen können.

Sie sollen über ihr Leben selbst bestimmen können.

Zum Beispiel:

beim Wohnen, beim Lernen, bei der Arbeit.



Behinderte Menschen sollen vor **Diskriminierung** geschützt werden.

**Diskriminierung** bedeutet Nachteile haben.



Die Behindertenrechtskonvention gilt auch in vielen anderen Ländern auf der Welt.

Die Behindertenrechtskonvention wurde von Menschen mit und ohne Behinderung zusammen überlegt.

Beim Schreiben der Behindertenrechtskonvention wurde die Regel beachtet:

Nichts über uns ohne uns.





Eine wichtige Sache für die Behindertenrechtskonvention ist die **Inklusion**.

**Inklusion** bedeutet: Alle zusammen.

Für die Inklusion von behinderten Menschen muss sich viel ändern. Denn sonst können behinderte Menschen nicht mitmachen.



Die Regierung von Deutschland muss die Behindertenrechtskonvention beachten. Darum muss die Regierung viel für die Inklusion von behinderten Menschen tun.

Die Regierung muss alle vier Jahre berichten, was sie getan hat, damit die Behindertenrechtskonvention beachtet wird.



Für die Inklusion von behinderten Menschen muss in Deutschland noch viel gemacht werden.

Zum Beispiel:

Viele Busse und Bahnen haben Hindernisse für behinderte Menschen.



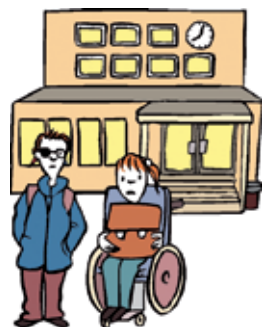
Oft gibt es nur Treppen und keine Fahrstühle.

Viele behinderte Kinder und Jugendliche sind in Sonderschulen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung findet die Inklusion von behinderten Menschen sehr wichtig.

Die Behindertenrechtskonvention soll beachtet werden.

Darum hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltung gemacht.





Bei der Veranstaltung waren viele Menschen.

Es gab sehr gute Gespräche.

Und es gab viele Ideen, was sich noch alles ändern muss.

Für die Inklusion von behinderten Menschen gibt es noch viel zu tun.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung will etwas für die Verbesserung der Inklusion machen.

Darum gibt es diesen Bericht von der Veranstaltung.

Durch das Lesen des Berichtes, kann es mehr Ideen für neue Projekte und Veranstaltungen geben.



Den Text in Schwerer Sprache hat Herr Urban Überschrär von der Friedrich-Ebert-Stiftung geschrieben.



# Eine Veranstaltung zum Mitmachen und zum Mitbestimmen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Veranstaltung gemacht.

In der Veranstaltung ging es um die Behindertenrechtskonvention.

Die Veranstaltung hieß

Mehr **Partizipation** wagen!

**Partizipation** heißt: Mitmachen, mitbestimmen.



Bei der Veranstaltung waren sehr verschiedene Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

- Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen
- Schülerinnen und Schüler
- Lehrerinnen und Lehrer
- interessierte Menschen mit und ohne Behinderungen



Bei der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung sollten alle gut mitmachen können.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben überlegt, wie alle gut mitmachen und mitbestimmen können.



Bei vielen Veranstaltungen gibt es Vorträge.

Oft sind die Vorträge schwierig.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen zuhören.

Nach den Vorträgen wird darüber gesprochen.

Bei diesen Veranstaltungen können viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht mitreden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihre Veranstaltung darum anders gemacht.

Bei der Veranstaltung gab es kein festes Programm.

So eine Veranstaltung heißt **open space**.

**Open space** ist Englisch. Das heißt: offener Raum.

Open space Veranstaltungen sind nicht draußen.

Sie sind zum Beispiel in einem großen Saal.



Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben am Anfang zusammen überlegt:

- was sie sich von der Veranstaltung wünschen,
- was sie besonders wichtig finden,
- über welche Fragen sie sprechen wollen,
- wer anderen etwas erzählen kann und möchte.



Dann haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich in Gruppen aufgeteilt.

Alle haben sich eine Gruppe ausgesucht.

Niemand musste die ganze Zeit in der gleichen Gruppe bleiben.

Alle konnten die Gruppe irgendwann wechseln.

Alle durften die Gruppe öfter wechseln.



Alle konnten sich immer wieder neu entscheiden:

Zum Beispiel

- Ich möchte anderen etwas erklären.
- Ich möchte eine Frage stellen.
- Ich möchte etwas lernen.
- Ich möchte das Gespräch leiten.
- Ich möchte in eine andere Gruppe gehen.
- Ich möchte eine Pause machen.

Bei der open space Veranstaltung konnten alle gut mitmachen.

Alle konnten selbst bestimmen.

Alle konnten gut zusammen lernen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten gut über ihre Erfahrungen reden.



Alle haben zusammen überlegt:

- Wie soll es weitergehen?
- Welche wichtigen Forderungen gibt es?
- Was muss gemacht werden?

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich bei der Veranstaltung kennengelernt.

Sie haben gesagt: Sie wollen nach der Veranstaltung weiter zusammenarbeiten.



Bei einer großen Veranstaltung mit sehr verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern kann man mit open space sehr gut arbeiten.

In der Behindertenrechtskonvention steht:

Behinderte Menschen haben ein Recht auf **Inklusion** und **Partizipation**.

**Inklusion** bedeutet: Alle zusammen.

**Partizipation** bedeutet: mitmachen und mitbestimmen können.

Die Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15. Februar war sehr gut.

Denn open space ist eine gute Sache.

Alle konnten mitmachen und mitbestimmen.

Die Partizipation und die Inklusion von behinderten Menschen hat bei der Veranstaltung geklappt.



Den Text in Schwerer Sprache hat Frau Judith Badel geschrieben.

# Gespräch mit Sigrid Arnade

Nicole Wehr hat Frau Arnade Fragen gestellt.

Frau Arnade hat Antworten auf die Fragen gegeben.

So ein Gespräch ist ein Interview.

Das Interview haben sie nicht in Leichter Sprache gemacht.

Das Interview wurde in Leichte Sprache übertragen.

Frau Arnade ist 54 Jahre alt.

Sie ist Leiterin der Interessenvertretung

Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.–ISL.



Über die Behindertenrechtskonvention gab es viele Gespräche.

Die Gespräche waren in New York.

New York ist eine Stadt in Amerika.

Frau Arnade hat bei den Gesprächen in New York mitgemacht.



Bei den Gesprächen waren 800 Menschen.

Die Menschen kamen aus vielen verschiedenen Ländern auf der Welt.



Die eine Hälfte waren Menschen von den Regierungen der Länder.

Die andere Hälfte waren Menschen aus verschiedenen Organisationen für behinderte Menschen der Länder.

Frau Arnade war als Vertreterin der behinderten Menschen dabei.



Alle haben zusammen überlegt:

- Was muss in der Behindertenrechtskonvention geregelt werden?
- Welche Sachen sind besonders wichtig?



### Frage an Frau Arnade:

Was haben Sie bei den Treffen in New York erlebt?

### Antwort von Frau Arnade:

Die Treffen in New York waren toll.

Bei den Treffen haben Menschen aus den Regierungen mit Vertreterinnen und Vertretern von behinderten Menschen über die Behindertenrechtskonvention geredet.

Alle konnten ihre Meinung sagen.



Zum ersten Mal konnten so viele Vertreterinnen und Vertreter behinderter Menschen mitreden.

Wir haben gut gearbeitet.

Wir haben manchmal in kleineren Gruppen gearbeitet.

Viele Sachen haben wir in kleinen Gruppen nach den großen Sitzungen besprochen.

Es gab einen Leiter von der großen Gruppe.

Er heißt Don MacKay. Er kommt aus Neuseeland.

Der Leiter hat unsere Meinung gut beachtet.



Behinderte Menschen waren bei den Gesprächen über die Behindertenrechtskonvention gut vertreten.

Denn auch in einigen Gruppen von den Regierungen waren behinderte Menschen.

### Frage an Frau Arnade:

Was ist für behinderte Menschen wegen der Behindertenrechtskonvention jetzt besser?

### Antwort von Frau Arnade:

Die Rechte für behinderte Menschen sind besser geworden.



### Frage an Frau Arnade:

Wie gut werden die Regeln aus der Behindertenrechtskonvention in Deutschland beachtet?

### Antwort von Frau Arnade:

Noch gar nicht.

Die Behindertenrechtskonvention gibt es seit 2 Jahren.

Viele kennen die Behindertenrechtskonvention.

Viele kennen das Wort **Inklusion**.

**Inklusion** bedeutet: Alle zusammen.



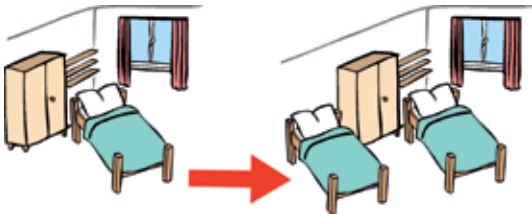
Die Regierungen machen große  
Veranstaltungen  
zur Behindertenrechtskonvention.



Aber für einige behinderte Menschen wird es  
schlechter.

Zum Beispiel:

- Manchmal werden Fahrdienste  
abgeschafft.



- In manchen Einrichtungen  
für behinderte Menschen  
wird aus einem Einzel-  
zimmer einfach ein  
Zimmer für zwei  
Menschen gemacht.



Aber beim Lernen wurde schon etwas  
verbessert.

In Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein  
wurde das Schulgesetz geändert.

Durch das neue Gesetz gibt es weniger  
Sonderschulen als vorher.

Die behinderten Kinder und Jugendlichen  
werden in den Regelschulen unterstützt.

So können alle besser zusammen lernen.



## Frage an Frau Arnade:

Die Behindertenrechtskonvention muss beachtet werden.

Was muss darum dringend gemacht werden?

## Antwort von Frau Arnade:

Das Lernen ist eine sehr wichtige Sache.

Das ist für behinderte Menschen in vielen anderen Ländern besser als in Deutschland.

Aber auch für ein selbstbestimmtes Leben muss noch viel gemacht werden.

Viele junge Menschen mit einer Behinderung müssen in Heimen für alte Menschen leben.

Sie brauchen Assistenz.

Sie wollen nicht in einem Heim für alte Menschen leben.

Darum muss sich mit dem Geld etwas ändern:

Es muss weniger Geld für das Leben in Heimen ausgegeben werden

Es muss mehr Geld für die Unterstützung in der Wohnung ausgegeben werden.

In Schweden geht das sehr gut.



### Frage an Frau Arnade:

Welche Erfahrungen bei der Veranstaltung sind für Sie besonders wichtig?

### Antwort von Frau Arnade:

Mein Vortrag war zu schwer.

Eine Gruppe mit so vielen verschiedenen Menschen hatte ich nicht erwartet.

Open space fand ich sehr spannend.

Bei anderen Veranstaltungen reden in den Arbeitsgruppen immer nur zwei oder drei Menschen.

Das war hier ganz anders.

In den Arbeitsgruppen konnten alle gut mit machen.

Ich war davon sehr überrascht.

# Bericht über die Veranstaltung der Friedrich- Ebert-Stiftung

Der Bericht ist von Nicole Wehr.

Die Veranstaltung hieß: Mehr **Partizipation** wagen!

**Partizipation** heißt mitmachen, mitbestimmen.

Die Veranstaltung war am 15. Februar 2011 in Berlin.

Bei der Veranstaltung waren  
250 Menschen mit und ohne  
Behinderung.

Bei der Veranstaltung ging es  
um die **Behindertenrechts-  
konvention**.



Vor 5 Jahren gab es ein Treffen in New York.

Bei dem Treffen waren viele Menschen mit und ohne Behinderung.

In New York wurde mit wichtigen Leuten von den Vereinten Nationen gesprochen.

In den Vereinten Nationen sind viele Länder.

Alle haben sich auf einen Vertrag geeinigt.

Der Vertrag stärkt die Rechte von behinderten Menschen.

Den Vertrag kennen viele als Behindertenrechtskonvention.

Vor zwei Jahren hat die Regierung von Deutschland die Behindertenrechtskonvention unterschrieben.

Fragen bei der Veranstaltung waren zum Beispiel:

- Ist in Deutschland das Leben von behinderten Menschen wegen der Behindertenrechtskonvention besser geworden?
- Wie werden die Regeln aus der Behindertenrechtskonvention beachtet?
- Was muss sich noch ändern?



Am Anfang gab es einen Vortrag von Frau Sigrid Arnade.

Sie ist Leiterin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland – ISL.

Frau Arnade erzählte in ihrem Vortrag:

- wie die Behindertenrechtskonvention gemacht wurde,
- was in der Behindertenrechtskonvention steht,
- welche Ziele die Behindertenrechtskonvention hat,
- welche Fragen noch nicht beantwortet sind.



Für die gehörlosen Menschen wurde alles in Gebärdensprache übersetzt.



Vor dem Veranstaltungsraum hingen Zettel mit den wichtigsten Regeln aus der Behindertenrechtskonvention.

Es gab auch Erklärungen für die Regeln.

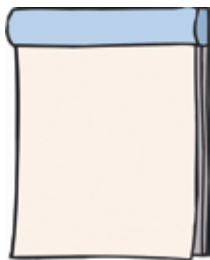


Nach dem Vortrag von Frau Arnade gab es offene Gruppen. Das heißt **open space**.

Judith Badel hat die Regeln für open space erklärt.

Die Erklärung von Judith Badel steht in einem eigenen Text.





Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung konnten auf ein großes Plakat schreiben

- was sie besonders wichtig finden,
- welche Fragen sie haben,
- was sie anderen erklären möchten.



In den Gruppen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über verschiedene Sachen geredet.

Es gab 13 Gruppen.

Einige kurze Berichte aus den Gruppen:

In einer Gruppe ging es um Sport.

Oliver Klar war in dieser Gruppe.

Oliver Klar leitet Sportgruppen beim Sportverein Pfefferberg am Prenzlauer Berg in Berlin.

Der Sportverein will Sportgruppen für Menschen mit und ohne Behinderung anbieten.

Manchmal ist es nicht so einfach, wenn alle zusammen Sport machen. Denn beim Sport wollen einige sehr viel schaffen.





Für diese Gruppen müssen die Leiter/innen gut ausgebildet sein.

Oliver Klar hat gelernt:

Manchmal können Gruppen nur für behinderte Menschen auch in Ordnung sein.

Hauptsache es verändert sich was.





Anna-Katharina Andrees übt beim Circus Sonnenstich mit 15 Menschen mit Down-Syndrom.

Menschen mit Down-Syndrom haben Lernschwierigkeiten.

Sie sagt: Auch behinderte Menschen können beim Sport etwas schaffen.

Menschen mit und ohne Behinderung können gut zusammen Sport machen.

Aber es muss mehr Sport geben, bei dem Spaß wichtiger ist als viel zu schaffen.



Funda Alar geht noch zur Schule.

Sie findet:

In jeder Klasse sollten zwei Menschen mit einer Behinderung sein.

Dann könnten alle voneinander lernen.

Es muss für alle Menschen selbstverständlich sein, andere zu unterstützen.

Unterstützung ist nicht nur eine Aufgabe von **Fachleuten**.

**Fachleute** sind Expertinnen und Experten.



Funda hat bei der Veranstaltung etwas über Gebärdensprache und **Untertitel** gelernt.

**Untertitel** gibt es zum Beispiel manchmal im Fernsehen. Oder im Kino.

Man kann lesen, was gesagt wird.

Funda fand die Arbeitsgruppe sehr spannend.  
Vorher hatte sie sich noch gar keine Gedanken  
über diese Sachen gemacht.

Sie hat erfahren:

In Amerika gibt es fast immer Untertitel.

Das muss in Deutschland auch so sein.

Und für gehörlose Menschen müssten SMS  
nichts kosten.

Eine Gruppe hat überlegt:

- Was muss sich in der Behindertenhilfe ändern?  
Die Angebote sind fast immer nur für behinderte Menschen.
- Wie kann die Behindertenhilfe Angebote für alle machen?



Annett Heinrich aus Dresden möchte am liebsten einen Plan machen.

In dem Plan muss stehen:

- was wegen der Behindertenrechtskonvention gemacht werden muss,
- wie die Sachen geändert werden müssen,
- wer die Sachen ändern muss,
- wann die Sachen geändert werden müssen.



So ein Plan heißt Aktionsplan.

Sie ärgert sich.

Oft wird gesagt:

Das geht nicht. Das ist zu teuer.

Simone Mang ist Praktikantin beim Berliner Beauftragten für behinderte Menschen.

Sie sagt:

Beim open space wurde nur geredet.

Zu einigen Fragen hätte man auch mit Musik oder Kunst etwas machen können.



Zwei ältere Teilnehmerinnen waren sehr begeistert vom open space.

Sie haben oft die Gruppen gewechselt.

Darum haben sie viele verschiedene Sachen erfahren.

In einer Gruppe ging es um

**Diskriminierungen** von behinderten Menschen.

**Diskriminierungen** sind Nachteile.

Viele Menschen wissen nicht, wie behinderte Menschen leben.

Behinderte Kinder sollen gar nicht erst von den anderen Kindern getrennt werden.



Alle können schon im Kindergarten zusammen lernen.

Wenn Kinder schon früh Kontakt zu behinderten Menschen haben, ist das für sie ganz normal.

Von einer Schule mit Integrationsklassen war ein Lehrer mit seiner Klasse zehn bei der Veranstaltung.



Ein Schüler sagt:

In unserer Schule stehen die behinderten Kinder in den Pausen oft zusammen.



Sigrid Arnade sagt:

In Deutschland ist es immer noch schwer, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Im Gesetz steht:

Diskriminierung ist verboten.

Aber es gibt keine Strafen gegen Diskriminierungen.



Eine Teilnehmerin ist im Werkstatt-Rat.

Bei der Veranstaltung hat sie sich in einer Arbeitsgruppe mit Arbeit und Geldverdienen beschäftigt.

Sie ärgert sich. Viele Menschen sagen: Behinderte Menschen haben zu viele Vorteile wegen ihrer Behinderung.

Diese Menschen sind neidisch.

Dafür gibt es gar keinen Grund.

Denn viele Betriebe wollen keine behinderten Menschen einstellen.

In einer Gruppe ging es um **Mobilität**.

**Mobilität** bedeutet von einem Ort zum anderen zu kommen.

Zum Beispiel mit einem Zug fahren.



Die Gruppe war sehr groß.

Ein Rollstuhlfahrer erzählt von Problemen beim Reisen.

Die Unterstützung von der Deutschen Bahn findet er ganz gut.

Aber er braucht einen **Lifter**.

Wenn Menschen im Rollstuhl sich nicht alleine auf das Bett setzen können, brauchen sie dafür einen Lifter.



Der Lifter ist sehr schwer.

Er kann den Lifter nicht mitnehmen.

Ein Lifter zum Mitnehmen ist sehr teuer.  
Niemand zahlt ihm das Geld dafür.

Das Mieten von einem Lifter ist auch sehr teuer.

Darum kann er nicht so gut verreisen.

Eine Teilnehmerin meint:

Für einige Gruppen bei der Veranstaltung wäre eine Leiterin oder ein Leiter gut gewesen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sehr verschieden.





Aus einigen Städten waren ganze Einrichtungen für behinderte Menschen bei der Veranstaltung. Das fand sie sehr gut.

Ein Teilnehmer findet:

Oft wird behinderten Menschen zu wenig zugetraut.

Sie können viel schaffen.

Auch Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Sie wissen genau, was sie wollen.



Bei der Veranstaltung gab es keine Lösungen für alle Probleme.

Aber viele haben gelernt:

- Behinderte Menschen können viel.
- Behinderte Menschen können viel schaffen.







- individuelles Defizit
- körperliche, seelische oder geistige Beeinträchtigung

© 2014/2015

Urteilen ist leichter als fühlen.  
 Das ist das Kurzelblowen.  
 Aber nicht ich eine Assistentin,  
 was ist mir was was (ich  
 verstanden ist, aber andere  
 fragen sind auch gut, wir  
 wären beim (Aktionen))



Mehr Partizipation wagen!  
 Ein Open Space to participatory Umsetzung  
 UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland  
 2014/2015 - 14.06.2015









ISBN 978-3-86872-800-2